

Wildbader Tagblatt

(Enzthalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags,
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13,50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren
Raum 60 Pfg., auswärts 65 Pfg., Reklamezeilen
1.80 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt: Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 224

Februar 179

Wildbad, Samstag, den 24. September 1921

Februar 179

55 Jahrgang

Tagespiegel.

Die offiziellen Verhandlungen zwischen Berlin und München werden heute in Berlin wieder aufgenommen werden.

Der erweiterte geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei in Berlin hat gestern Abend festgestellt, daß der Eintritt der deutschen Volkspartei in ein Reichskabinett, an dessen Spitze Dr. Wirth stehe, nie und nimmer in Betracht kommen könne.

In der Freitagssitzung des bayerischen Landtags machte Staatspräsident Frunk aufsehenerregende Mitteilungen über das Bestehen politischer Geheimorganisationen und deren Statuten, die im Verfolg des Erzbergermords von der Staatsanwaltschaft aufgefunden wurden.

Dem Gürtlicher sozialdemokratischen Parteitag ist der Entwurf des neuen Parteiprogramms vorgelegt worden.

Ministerpräsident Briand hat gestern nachmittag den deutschen Botschafter Dr. Maher empfangen.

Wochenrundschau.

Bayern hat einen neuen Ministerpräsidenten. Am 21. September hat der bayerische Landtag den bisherigen Gesandten in Darmstadt, Grafen Lerchenfeld, mit 86 Stimmen der Bayerischen Volkspartei, des Bayerischen Bauernbunds und der Demokraten gewählt; die 20 Stimmen der Mittelpartei (Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei) fielen auf Dr. von Kahr und die drei sozialistischen Parteien gaben 34 weiße Zettel ab. Die Wahl dürfte als ein Meilenstein in der innerpolitischen Entwicklung des Reichs zu betrachten sein. Nicht so sehr wegen der Persönlichkeit des neuen bayerischen Staatsoberhaupt, von dem man politisch noch nicht viel weiß. Graf Lerchenfeld hat, als er zur Kandidatur aufgefordert wurde, als seine Richtlinie angegeben, er werde im Rahmen unentworfener Reichstreue gut bayerische Politik machen und die christlichen Grundsätze vertreten. Und ebenso kurz und bündig war das Programm, das er am 22. September dem Landtag vortrug.

Das Entscheidende ist, daß das amtliche Bayern in ein gutes Verhältnis zur Reichsregierung treten will. Dazu müssen von beiden Seiten Opfer gebracht werden; von bayerischer Seite solche, zu denen sich Herr von Kahr und die Mittelpartei nicht verstehen konnten. Die Mittelpartei ist daher aus der Koalition ausgetreten und diese besteht in Bayern nur noch aus der Bayerischen Volkspartei (65 Landtagsitze), dem Bayerischen Bauernbund (12) und der Demokratie (13). Ihr stehen gegenüber die Mittelpartei (20 Sitze), Sozialdemokratie (26), Unabhängige (15) und Kommunisten (7). Auch die verringerte Koalition verfügt noch über eine tragfähige Mehrheit (90 gegen 68 Stimmen).

Zwischen Lipp und Becherstand schien die Lösung Ach noch zu zögeln zu wollen durch eine ganz unbegreifliche Unvorsichtigkeit des Reichskanzlers Wirth. Der Reichskanzler glaubte in dem politischen Ringen mit dem Kabinett Kahr ein hohes Trümpf ausspielen zu können, indem er im Ueberwachungsanspruch des Reichstags einen Geheimbericht des preussischen Sicherheitskommissars Weismann verlas. Weismann, der übrigens kein Deutscher von Geburt sein soll, war von der Reichsregierung ohne Wissen seiner eigenen (preussischen) vorgesetzten Behörde beauftragt worden, in Bayern angeblichen Verschwörungen gegen das Reich und die Republik nachzugehen, und Weismann oder seine untergeordneten Organe hatten sich dabei die greulichsten Bären aufbinden lassen von der „Mörderzentrale in Bayern“. Die Mitteilung des Reichskanzlers glich in ihrer Wirkung in Bayern einer einschlagenden Bombe. War die Mehrheit nun noch bereit gewesen, mit Berlin eine Verständigung zu suchen, selbst um den Preis der Operation des Herrn von Kahr, so war jetzt keine Rede mehr davon; die führende Bayerische Volkspartei ersuchte Herrn von Kahr wiederholt, das Ministerpräsidium wieder zu übernehmen, was mit einer schroffen Kampfanfrage an die Reichsregierung gleichbedeutend gewesen wäre. Kahr lehnte entschieden ab.

Aber auch die preussische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Stegerwald, den Parteigenossen des Reichskanzlers, legte sich nun ins Mittel. Die preussische Regierung gab eine Erklärung ab, daß sie von der Tätigkeit Weismanns in Bayern und seinem Bericht

keine Kenntnis gehabt habe. Sie bedauere, daß ein preussischer Beamter zu einer derartigen Tätigkeit in einem andern Bundesstaat beauftragt worden sei, sie bedauere ferner, daß der Reichskanzler den fragwürdigen Bericht zur öffentlichen Kenntnis gebracht habe, ohne vorher jenen Bundesstaat in Kenntnis zu setzen und ihm Gelegenheit zur Gegenäußerung zu geben. Die preussische Regierung werde Sorge tragen, daß derartige nicht wieder passieren könne. Stegerwald ließ weiter noch erklären, es sei falsch, Dinge wie den Streit Berlin-München durch die Parteibrille zu betrachten, hier müsse Ruhe, Sachlichkeit und Verschönlung obwalten.

Wie hochgesteuert die Gereiztheit in Bayern war, geht daraus hervor, daß die Bayerische Volkspartei schon einen Antrag beschloß, in Bayern einen Staatspräsidenten mit erweiterten Befugnissen gegenüber dem Reich einzusetzen, wogegen die Nachbarn des Reichspräsidenten eingeschränkt werden sollten. Es stieg aber die Besonnenheit auf beiden Seiten, und das ist ein Verdienst Stegerwalds. Die Verständigung zwischen Bayern und der Reichsregierung wird Tatsache werden, daran ist wohl nicht mehr zu zweifeln. Aber es wird tiefgreifende Änderungen geben. Ob die Zeitungsmeldung, daß auch der Widerpart Kahr, Reichskanzler Wirth zurücktreten und durch den derzeitigen Reichstagspräsidenten Löbe (Soz.) ersetzt werde, was natürlich weitere Personaländerungen in den obersten Reichsämtern zur Folge hätte, mag dahingestellt bleiben; der frühere Reichskanzler Müller hat auf dem Soz. Parteitag das Gerücht für unbegründet erklärt. Aber sicher ist, daß die Koalition im Reich sowohl wie in Preußen, die zur Zeit je eine Minderheit bilden, erweitert werden wird. Der sozialdemokratische Parteitag in Gürtlich hat sich mit der großen Mehrheit von 290 gegen 67 Stimmen für die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei, die auf dem Parteitag in Kassel im vorigen Jahr noch entschieden verworfen worden war, ausgesprochen. In die Reichstagskoalition würde demnach die Deutsche Volkspartei eintreten — der Parteiführer Dr. Stresemann wird schon als Reichsminister des Äußeren genannt, während Abg. Keil (Soz.) für das Reichsfinanzministerium vorgesehene sein soll —, die preussische Regierungsparteien würden aber durch die Sozialdemokratie verstärkt werden. Möglicherweise werden sich daran entsprechende Veränderungen auch in andern Ländern des Reichs knüpfen. Und so würde also die Beilegung der „bayerischen Krise“ eine neue Epoche der innerpolitischen Entwicklung des Reichs einleiten. Möge sie friedlicher Art sein und nicht durch unsinnige Gewalttaten gestört werden, wie es dieser Tage wieder durch den Anschlag auf den Abg. Stresemann in Lüdenscheid (Westfalen) hätte geschehen können, auf den, als er in einer Versammlung sprach, von außerhalb des Saals von hinten vier Kugeln abgefeuert wurden. Nur einem Zufall ist es zu danken, daß nicht wieder ein politischer Mord die Leidenschaften aufwühlte.

Neben dieser parteipolitischen Umgestaltung, aber doch in gewissem Zusammenhang mit ihr, geht eine wichtige wirtschaftspolitische Unternehmung her. Der Reichsregierung ist die Bezahlung der ersten Goldmilliarde an die Wiederherstellungscommission nur möglich geworden durch eine teure holländische Anleihe von 270 Millionen Goldmark, durch den Verkauf der Hälfte des Silberschatzes der Reichsbank und durch Weggabe von 68 Millionen Goldmark in Gold aus dem Metallbestand der Reichsbank, die erste Goldmilliarde konnte also tatsächlich nur etwa zur Hälfte beschafft werden. Das ist nicht ermutigend, und es war nicht abzusehen, wie die nächste Zahlung am 15. November d. J. bewerkstelligt werden sollte. Der Reichskanzler wandte sich daher an das deutsche „Großkapital“, die Industrie, den Handel und die Banken um ihre Hilfe. Es fanden verschiedene Besprechungen statt, in denen diese Wirtschaftskreise ihre Bereitwilligkeit erklärten, jedoch unter der Bedingung, daß die Pläne des Reichswirtschaftsministers betreffend die Sozialisierung der Betriebe und die Zwangserschaffung der „Goldwerte“ aufgehoben werden und daß ferner diesen wichtigen Wirtschaftskreisen ein größerer Einfluß auf die Führung der Reichsgeschäfte — etwa durch Beiziehung der Deutschen Volkspartei zur Koalition — eingeräumt werde. Dann wollen sie dem Reich zur Beschaffung der Zahlungsmittel beihilflich sein, indem sie ihm ihre Gut-

haben im Ausland für dorthin gelieferte Waren in Form von Devisen abtreten. Diese Guthaben sollen sich auf etwa eine halbe Milliarde Goldmark belaufen. Es sind Zweifel erhoben worden, ob das Unternehmen durchführbar sei, es hat sich auch gegen die Bedingungen der Wirtschaftskreise innerhalb der Reichsregierung ein Widerstand geltend gemacht, aber die Zeit drängt und der 15. November rückt immer näher heran. Man wird die Hilfe nehmen müssen, wo und wie man sie findet.

Auf irgendwelche Nachsicht von Seiten des Verbands haben wir doch nicht zu rechnen, das haben wir bei den „Sanktionen“ wieder gesehen, die nach dem Versprechen des Obersten Rats nach Bezahlung der ersten Goldmilliarde am 15. September aufgehoben werden sollten. Mit einem ungeheuerlichen Vorbruch verlangte Frankreich als „Erfolg“ die Einsetzung einer Verbandskommission zur Ueberwachung der deutschen Ein- und Ausfuhr, was ein anderer Name ist für die Öffnung der deutschen Zollgrenzen für feindliche Luxuswaren. England, das durch die griechischen Niederlagen in Anatolien und dadurch, daß die irische Frage gar nicht vom Tisch gehen will, wieder unfreier gegenüber Frankreich geworden ist, hat wieder einmal nachgegeben und die „Meinungsverschiedenheit“ dreht sich nur noch darum, ob die besagte Kommission volle Verfügungsgewalt über den deutschen Außenhandel haben soll, wie Frankreich verlangt, oder ob sie nur verwalten soll, das eines der Verbandsländer in der Einuhr nach Deutschland „zu kurz komme“, was Englands unverbindliche Meinung sein soll. In der Praxis kommt es auf das gleiche hinaus. Jedenfalls ist die Einsetzung einer solchen Kommission für sich schon ein Bruch des Völkerrechts und der Friedensverträge.

Das Kabinett Lerchenfeld.

München, 23. Sept. In der gestrigen Abendsitzung des bayerischen Landtags unterbreitete Ministerpräsident Graf Lerchenfeld dem Haus die Vorschlagsliste für das neue Ministerium: Ministerpräsident und gleichzeitig Minister des Äußeren und der Justiz: Graf Lerchenfeld; Minister des Innern: Dr. Schweyer; Unterrichts- und Kultusminister: Dr. Matt; Finanzminister: Dr. Krausneck; Minister für soziale Fürsorge: Oswald; Landwirtschaftsminister: Wugelhofer; Minister für Handel, Industrie und Gewerbe: Gamm. (Das Kabinett ist also mit Ausnahme Kahrs und des Justizministers Dr. Roth dasselbe geblieben.) Die Bayerische Mittelpartei hat demnach kein Mitglied im neuen Kabinett und ist aus der Koalition ausgeschieden. Ein Widerspruch im Haus gegen die Ministerliste erhob sich nicht. Landtagspräsident Königsbauer begründete hierauf die neue Staatsregierung, insbesondere den neuen Ministerpräsidenten und gedachte in seinen weiteren Ausführungen auch der vormaligen Staatsregierung, besonders des Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr, dem er den herzlichsten Dank aussprach.

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hielt eine Rede: Wenn auch die Koalition durch das Ausscheiden einer Partei sich geändert habe, so liege doch kein Grund vor, die aus den Bedürfnissen des Landes herausgewachsene Grundlage der Politik Kahrs zu verlassen. Die allgemeinen Richtlinien, nach denen er die bayerische Politik zu führen gedachte, blieben daher dieselben. (Hört, hört! bei den Soz.) Dankbar gedachte er der großen Verdienste Kahrs, der diese Grundlage geschaffen und erfolgreich die bayerische Politik nach innen geleitet habe. Mit ihm sei ein Staatsmann von echt deutscher Gesinnung, unbeugbarem Willen, glühender Vaterlandsliebe und vorbildlicher Treue und Hingebung für das öffentliche Wohl von dem Steuer des Staatschiffs geschieden. Was die Aera Kahr für unser Vaterland bedeute, darüber werde einst die Geschichte urteilen. („Bravo!“ rechts. — Ironisches Sehr richtig!“ bei den Soz.) Aus seinem Programm wolle er vor allem drei Dinge herausstellen: Das erste sei die Aufrechterhaltung der mühsam errungenen Ruhe und Ordnung im Staat. Mit allen Mitteln werde er daher frevelhaften Störungen der staatlichen Ordnung — woher sie auch kommen — entgegenreten. Die Treue zum Reich stehe für ihn unverbrüchlich fest. (Bravo!) Auch er könne sich ebenso wie die vorausgegangene Regierung das Reich nicht

